Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 6 (1965)

Heft: 24

Artikel: Ein Frauenbund feiert

Autor: Revesz, Laszlo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1077015

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ein Frauenbund feiert

Von Laszlo Revesz

Am 1. Dezember sind es 20 Jahre her, dass in Paris der Internationale Demokratische Frauenbund gegründet wurde. Der Anlass gibt uns Gelegenheit, sowohl diesen Verband als auch die kommunistischen Frontorganisationen, zu denen er gehört, etwas näher zu betrachten.

Die kommunistische Partei ist in den Ländern, in denen sie die Macht ausübt, ein ziemlich exklusiver Klub. Ihr gehören meist nur vier bis acht Prozent der Bevölkerung an. Wie übt sie unter diesen Umständen ihre Herrschaft aus, die doch bis in die feinste Verästelung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft reicht?

Der sogenannte «Transmissionsriemen»...

Nun ist es eine bewährte These des Marxismus-Leninismus, dass die Partei gar nicht alles unmittelbar und detailliert führen und kontrollieren könne, sondern dass sie dazu «Transmissionsriemen» brauche. Und das sind die gesellschaftlichen Organisationen. So stehen in der Sowjetunion der Kommunistische Jugendbund (Komsomol) und die Gewerkschaften im Vordergrund, gefolgt von weiteren Massenvereinigungen gesellschaftlichen Charakters. In den meisten europäischen Volksdemokratien bestehen ausserdem noch «nichtmarxistische» politische Parteien, welche die kommunistische Führung (schon statutarisch) anerkennen und deshalb ein wichtiges Glied im System der Transmissionsriemen darstellen.

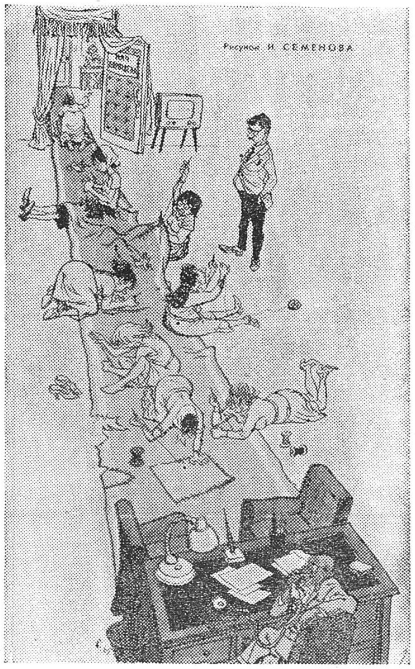
Den Oberbegriff bildet die Volksfront: der Zusammenschluss der Massenorganisationen und der politischen Organisationen unter Führung und Kontrolle der KP. Diese fällt die Grundentscheidungen, bestimmt die politische Linie und verteilt die Aufgaben unter die «Transmissionsriemen»: Jede Organisation setzt sich im eigenen sozialen Milieu für die Parteipolitik ein.

Zwei Dinge gewährleisten Führung und Kontrolle durch die KP: 1. die Bestimmungen und Statuten der einzelnen Organisationen und 2. die innerhalb der Vereinigung tätigen Parteigruppen. So müssen etwa laut KPdSU-Statut überall dort, wo es mindestens drei Parteimitglieder gibt, Zellen gegründet werden, die nicht der jeweiligen Organisation, sondern dem übergeordneten Parteiorgan rechenschaftspflichtig sind. Von diesen erhalten sie auch ihre vertraulichen Anweisungen und leiten sie an die betreffende Gesellschaftsinstanz weiter. Nichtvertrauliche Parteianweisungen an die «Transmissionsriemen» werden sogar in der Presse publiziert, so dass das Prinzip der Befehlsführung nicht weiter bewiesen zu werden braucht.

...wirkt auch auswärts

Die These der «Transmissionsriemen» gilt nicht nur für die Innenpolitik, sondern auch für die internationale Bewegung. Im Parteijargon spricht man dann von den «internationalen demokratischen Organisationen». Sie haben die Aufgabe, dort einzugreifen, wo die Kommunisten direkt kaum erfolgreich handeln könnten. So spielen sie ihre Rolle in allen aussenpolitischen Aktionen der Sowjetunion, meist unter der Parole «Kampf für den Frieden». Von der dahinter stehenden Willenseinheit zeugt die jeweils identische Reaktion verschiedener Organisationen auf alle möglichen Ereignisse. Seit allerdings die kommunistische Bewegung verschiedene Zentren aufweist, sind auch in den internationalen Frontorganisationen entsprechende Spaltungen aufgetreten, was übrigens nur ein Indiz mehr für das grundlegende Abhängigkeitsverhältnis darstellt.

Die wichtigsten Frontorganisationen sind laut einer einschlägigen sowjetischen Quelle («Polititscheskoje Samoobrasowanje», Moskau, Nr. 5/1961, veröffentlicht im KB vom 21. 6. 1961): Weltbewegung der Friedenskämpfer, Weltgewerkschaftsbund, Internationaler Demokratischer Frauenbund, Weltbund der Demokratischen Jugend, Internationaler Studentenbund, Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen, Internationale Demokratische Journalistenorganisation, Solidaritätsrat für die Völker Afrikas und Asiens, Internationaler Verband der Teilnehmer an Widerstandsbewegungen.



«Jawohl wir haben mit den Strassenreparaturen begonnen.» (Krokodil», Moskau.)
Der Witz nimmt nur auf das bezug, was die Bauverantwortlichen als vorrangig empfinden, und keineswegs auf die Frauenarbeit. Aber uns scheint, der Zeichner hat auch unser Thema recht aufschlussreich berührt. Auch wenn er nicht daran dachte. Oder sogar erst recht dadurch, dass er nicht daran dachte.

Frauen in Paris

Der Internationale Demokratische Frauenbund wurde am 1. Dezember 1945 in Paris gegründet, wo die konstituierende Versammlung (am ersten internationalen Frauenkongress) vom 26. November an getagt hatte. Der Kongress nahm das Statut mit folgenden Zielen an: aktive Teilnahme am Kampf zur vollständigen Vernichtung des Faschismus und zur Ausrottung der faschistischen Ideologie; enge internationale Zusammenarbeit der Frauen auf dem Gebiet von Politik, Wirtschaft und Kultur zwecks Festigung eines dauerhaften Friedens und Zurückweisung der Aggression; Kampf für die vollständige Gleichberechtigung der Frauen auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens, für das Recht der Frauen auf Bildung, Arbeit und gleichen Lohn wie die Männer; Kampf für die demokratische Erziehung der Kinder.

Hatte die Organisation bei ihrer Gründung Frauenvereinigungen aus 39 Ländern eingeschlossen, so umfasst sie heute 80 Millionen Mitglieder in 181 Organisationen von 40 Ländern («Iswestija», 26. Oktober 1965). Die Sowjetfrauen waren damals durch das Antifaschistische Komitee Sowjetischer Frauen vertreten, heute sind sie es durch das Komitee Sowjetischer Frauen.

Oberstes Organ des Bundes ist der internationale Frauenkongress, gebildet aus den Delegierten der einzelnen Organisationen. Zwischen den Kongressen wird der Bund von einem Rat verwaltet, in dem alle nationalen Organisationen vertreten sind. Und zwischen den Ratssitzungen funktionieren ein Exekutivkomitee und dessen Büro. Die administrative Stelle aber ist das Sekretariat. Dazu gehören die Generalsekretärin und acht Sekretärinnen, die vom Rat aus den Mitgliedern des Exekutivkomitees gewählt werden. Das Sekretariat siedelte 1951 von Paris nach Ostberlin über, wozu die Grosse Sowjetenzyklopädie feststellt: «Die französische Regierung hat den amerikanischen Imperialisten zuliebe die Tätigkeit des Internationalen Demokratischen Frauenbundes in Frankreich verboten.»

Das Exekutivkomitee tritt jährlich ein- bis zweimal zusammen, während die Ratstagungen jährlich und die Kongresse alle drei Jahre abgehalten werden. Präsidentin des Bundes ist seit 1945 Eugénie Cotton (Frankreich), Inhaberin zunächst des Stalinpreises und später des Leninpreises.

Die liebe Atombombe

«Die Entscheide... des Internationalen Demokratischen Frauenbundes werden von den werktätigen Frauen der ganzen Welt aktiv unterstützt», heisst es in der Grossen Sowjetenzyklopädie. Das ist vermutlich ein bisschen viel gesagt, aber anderseits dürften

tatsächlich viele Mitglieder etwa mit der Friedenskampagne des Bundes sehr einverstanden sein. Wer wollte auch gegen den Frieden sein?

Doch sollte es sich anlässlich des letzten Moskauer Friedenskongresses gegen atomare Aufrüstung zeigen, was mit dem Frieden nicht gemeint war. Dort kamen nämlich einige Frauen auf die Idee, gegen atomare Aufrüstung im allgemeinen zu protestieren und nicht nur gegen die USA. Ihre geplante öffentliche Kundgebung in Moskau wurde ihnen polizeilich verboten.

Mit diesem Beispiel haben wir zu einem Hauptpunkt übergeleitet, der auch für die übrigen «internationalen demokratischen Organisationen» gilt, nämlich die gewollte Begriffsverwirrung. Das gilt namentlich für Losungen wie «Demokratie» und «Frieden». Demokratie ist im kommunistischen Sinne ein Klassebegriff und versteht sich als Demokratie für die herrschende Schicht, welche die Diktatur ausübt. So wird die Volksdemokratie als Demokratie der Diktatur des Proletariats aufgefasst, und es ist der KP als «Avantgarde» des Proletariats überlassen, zu bestimmen, wer im Namen des Proletariats die Diktatur ausüben darf. Aber so feine Unterschiede werden nicht allen Mitgliedern des Frauenbundes deutlich gemacht. Aehnlich trügerisch ist der Begriff des «Friedens». Die Politik der friedlichen Koexistenz, die in den Beschlüssen des Frauenbundes einen so wichtigen Platz einnimmt, anerkennt beispielsweise den «gerechten Krieg» wie beispielsweise Bürgerkrieg und «nationalen Befreiungskrieg». Und wiederum bestimmt die Partei, was in diese Kategorie gehört. So variierte beispielsweise die Gerechtigkeit des Kurdenaufstandes je nach dem Ausmass der Sowjetfreundlichkeit des irakischen Regimes, gegen das er sich immer richtete. Aber auch hier werden die gewöhnlichen Mitglieder der Frontorganisationen über die genaue Meinung der Parole nicht notwendigerweise aufgeklärt.

A propos Gleichberechtigung

Wir wollen noch auf die interessante Frage eingehen, wieweit die «sozialistischen» Länder die Programmpunkte des Frauenbundes in bezug auf vollständige Gleichberechtigung der Frau einhalten. Denn auch hier ergeben sich Widersprüche zwischen offiziellen Thesen und der Wirklichkeit.

Zunächst ist festzuhalten, dass die Gleichberechtigung der Frauen auf allen Gebieten von Wirtschaft, Politik und sozialem Leben in allen kommunistischen Staaten ein Verfassungsgrundsatz ist. Wie steht es aber in der Praxis?

In der Sowjetunion, wo die Frauen heute ein höheres Bildungsniveau aufweisen als die Männer (58 Prozent der Spezialisten mit Hochschulbildung sind Frauen), und die Frauen 48 Prozent aller Arbeitskräfte stellen, sind die führenden Posten ein Männermonopol geblieben. Von den insgesamt 523 Ministern der Sowjetunion (Zentralregierung plus Ministerien der 15 Unionsrepubliken) sind 27 Frauen. Und bei den obersten Parteibehörden? Das Zentralkomitee-Sekretariat der KPdSU besteht aus neun Mitgliedern. Sie alle sind Männer: Das ZK-Präsidium besteht aus elf Vollmitgliedern und ebensoviel Suppleanten. Eine Frau ist nicht dabei. Im Zentralkomitee gibt es unter den 175 Vollmitgliedern vier und unter den 155 Ersatzmitgliedern sechs Frauen.

In einigen Volksdemokratien sind die Verhältnisse noch ausgeprägter. Die 30 Regierungsmitglieder Polens etwa sind alle Männer, und in der obersten Parteiführung gibt es überhaupt keine Frau.

Auch bezüglich der Gleichberechtigung in der Arbeit sind Zahlen zu nennen. In der Sowjetunion sind 6 Prozent der Betriebsdirektoren und 12 Prozent der Abteilungs- oder Werkstätteleiter weiblichen Geschlechts. In der Tschechoslowakei stellen die Frauen 6 Prozent der Betriebsdirektoren und 3,6 Prozent der leitenden Funktionäre in Staats- oder Gebietsverwaltung. Man könnte hier darauf hinweisen, dass in den Volksdemokratien die Frauen noch ein niedrigeres Bildungsniveau haben als die Männer, aber das kann kaum so gewaltig ins Gewicht fallen, verfügen doch fast 53 Prozent der Fabrikdirektoren nur über abgeschlossene Grundschulausbildung.

Gleiche Arbeit - ungleicher Lohn

Nun erst der Grundsatz «gleiche Arbeit — gleicher Lohn». Tatsächlich wird er in keinem kommunistisch regierten Land eingehalten, eine Situation, die wohl kritisiert und missbilligt wird, aber nichtsdestoweniger seit 40 Jahren besteht. In der CSSR sind die Gehälter der Frauen sogar im Durchschnitt bei gleicher Arbeit um 50 Prozent niedriger als die der Männer. In Ungarn erhält die Frau laut einheimischen Quellen für die gleiche Arbeit ungefähr 30 Prozent weniger Lohn als der Mann, in Polen etwa 33 Prozent.

Der Verwirklichung der Gleichberechtigung stehen objektive und subjektive Gründe im Weg. Zur erstgenannten Kategorie gehören die finanziellen Schwierigkeiten, die den Staat hindern, die in Aussicht gestellten Kinderkrippen, Internate und Tagesschulen im Ausmass zu errichten, der es den Frauen erlauben würde, von ihrem konstitutionellen Recht auf Arbeit vollen Gebrauch zu machen. Es sei eingeräumt, dass die Dinge Zeit brauchen. Aber auch die subjektiven Gründe spielen mit: Nämlich die Einstellung gegenüber der Frauenarbeit. Und da zeigt es sich, dass auch in dieser Beziehung die Dinge Zeit brauchen, und auch in einer «sozialistischen Gesellschaft».

Nun muss man mit diesbezüglichen Vorwürfen aufpassen, wenn man in der Schweiz sitzt. Aber darum geht es nicht. Sondern um etwas anderes. Man stelle sich einmal vor, was passieren würde, wenn unsere Regierungspropaganda behaupten würde, nur das schweizerische System gewährleiste die politischen Frauenrechte. Aber in den internationalen Frontorganisationen verbreiten die kommunistischen Staaten die Meinung, die Frauenfrage sei allein im «Sozialismus» gelöst worden. Und da passiert gar nichts. ■

Der Buchtip

Alexander Dallin: Sowjetunion und Vereinte Nationen. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln, 1965, 195 Seiten. — Uebersetzung aus dem Englischen. Originaltitel: Soviet Union and the United Nations.

Der Verfasser behandelt ein schwieriges Thema auf leicht fassliche und lebhafte Weise. Er geht von der Erörterung des Begriffs Völkerrecht aus und weist auf seine Wandlungen hin. Insbesondere muss von einem eigenen Völkerrrecht für die sozialistischen Staaten gesprochen werden, in denen auch vom eigentlichen Völkerrecht nur ein Teil anerkannt wird (S. 14 bis 16). Interessant sind die Wandlungen der sowjetischen Politik gegenüber Völkerbund und Vereinten Nationen: In den zwanziger Jahren Stellungnahme gegen, dann zwischen 1934 und 1939 für den Völkerbund bis zum Ausschluss der UdSSR aus der Organisation. Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm die Sowjetunion zunächst an den Arbeiten der Vereinten Nationen teil, um dort zu ihren Gunsten einen «Führungskern» zu entwickeln und zu festigen. Nach 1948 erfolgte die Wendung zu einer ausgesprochenen Anti-UNO-Politik, die aber nach Stalins Tod wiederum einem positiven Verhalten Platz machte (1956 wurde in Moskau sogar eine UNO-Freundschaftsgesellschaft gegründet).

Wie der Verfasser feststellt, waren die Wendungen in der UNO-Beurteilung durch die Sowjetunion einer egoistischen Zweckmässigkeitspolitik untergeordnet. Die Mässigung nach 1934 entsprach der Volksfrontpolitik im Westen, und das freundschaftliche Verhalten Stalins unmittelbar nach Kriegsschluss deckte sich mit seinen Bemühungen um Ausdehnung der Sowjetmacht, die ihm denn auch gelang.

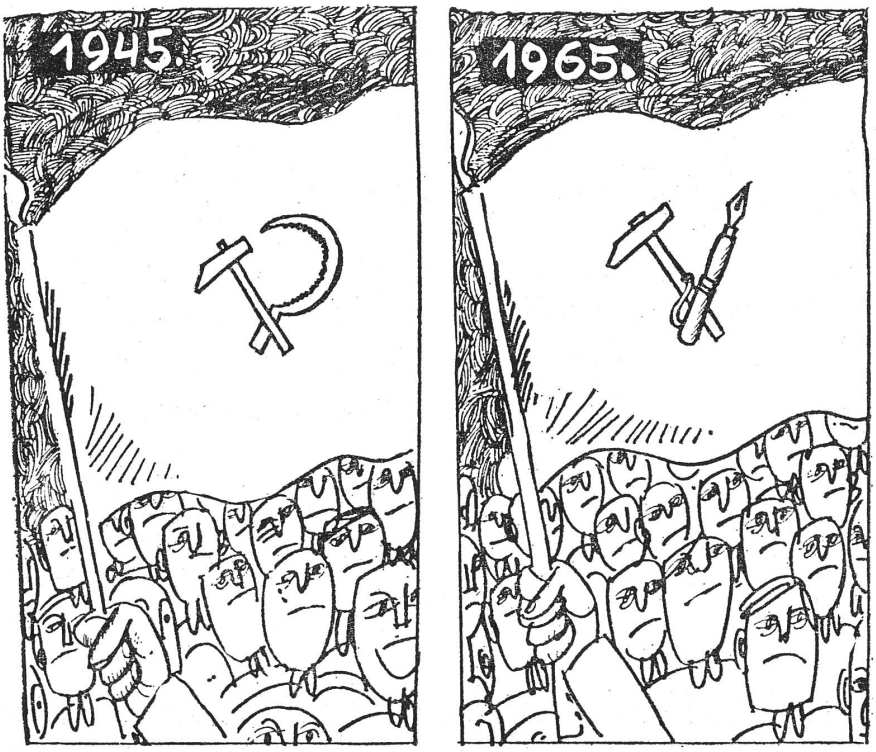
Weitere Teile des Werkes befassen sich mit der Inkonsequenz der sowjetischen Einstellung zur Weltorganisation, mit den Schwierigkeiten der UdSSR in den Jahren 1957/58 (polnische Stimmenthaltung nach der Ungarn-Krise), mit dem Bestreben Moskaus nach Einheit der sozialistischen UNO-Vertretungen (das bis Anfang der sechziger Jahre generell Erfolg hatte) und mit der sowjetischen Haltung gegenüber China.

Es ist schade, dass die Transliteration nicht überall einheitlich ist (namentlich fehlt die Uebereinstimmung zuweilen zwischen Text und Anmerkungen), was allerdings nur bei wissenschaftlicher Verwendung und nicht bei blosser Lektüre auffällt.

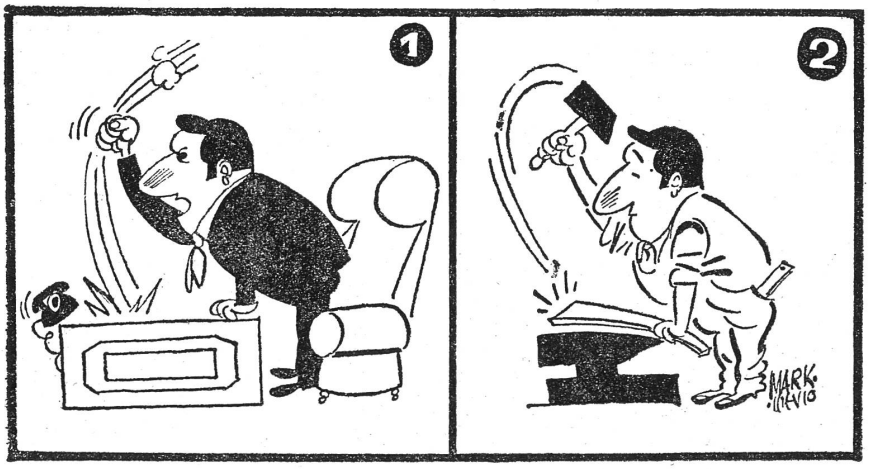
Die gesamte Darstellung ist sowohl für Fachleute als auch für politisch interessierte Laien wertvoll. *L. R.*

Metamorphosen

Die jugoslawischen Wirtschaftsformen bringen Entlassungen mit sich: einerseits von den «Partisanen» der Partei, die nicht mehr länger als «Fachleute» in leitenden Stellen beschäftigt werden können, anderseits von Arbeitern, die entweder als Fremdarbeiter ins Ausland oder als Landarbeiter in die Provinz geschickt werden sollen.



Wandlungen des Emblems. («Jesch», Belgrad.)



Ein Funktionär wird nützlich. («Oslobodenje», Sarajevo.)

Zusatzdiplom: «Deutsch in 100 Lektionen». («Vjesnik», Zagreb.)
Stellen gibt es eben im Ausland.

«Jetzt muss ich sagen, . . .

. . . dass man Leute entlassen muss.» («Vjesnik».)

«Tut mir leit, Genohsen, aber ein par fon euch mühsen ufs Land zurük.» («Jesch».)

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, 3005 Bern • Briefadresse: Postfach 2273, 3001 Bern • Telephon: (031) 43 12 12 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Abonnementen- und Inseratenverwaltung: Oswald Schürch • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 20.— (Ausland Fr. 22.—; DM 20.—), Halbjahr Fr. 11.— (Ausland Fr. 12.—; DM) 11.—. Einzelnummer Fr./DM —.80 • Insertionspreise: Gemäss Inseratenpreisliste Nr 1 • Postcheck 30-24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt a. M.
Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse - Informations - Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.